

**Bezugspreise:**  
für Halle monatlich bei zweimonatlicher  
Lieferung 7.50 Mark, vierteljährlich  
22.50 M., durch die Post monatlich  
8.25 M., ein Jahr 94.75 M.,  
ein J. 1. Verteilungsgebühr. Be-  
stellungen werden von allen Rich-  
ten her angenommen. Im  
allg. Zeitungserkenntnis unter  
Einschluss eingetrogen. Sie  
untenstehende eingegangene Mon-  
streife wird keine Gewähr über-  
nommen. Nachdruck nur mit der  
Erlaubnis der Redaktion gestattet. Ferner der Schriftleitung Nr.  
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1133  
u. 1133, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

# Morgen-Ausgabe.

# Haale-Zeitung

**Anzeigenpreise:**  
Die 4 Spalten zu 34 mm breite Milli-  
meterzelle oder deren Raum 60 Pf.,  
fami lenanzeigen 40 Pf., Kleinan-  
zeigen 42 mm breite Millimeterzelle  
2-20 Mark. Besten nehmen an  
unserer Geschäftsstelle an. sämtliche  
Anzeigenentwürfe Einreichungs-  
ort: Halle. Erscheint täglich 1 mal,  
Sonntags und Montags 1 mal.  
Schreibweise und Haupt-Be-  
schäftigte: Halle, Neue Prome-  
nade 14, St. Ursulastr. 17.  
Neben-Geschäftsstellen: Große  
Mühlstr. 24 u. Markt 24.  
Postfach-Nr. Leipzig Nr. 4008

**Fünfundfünfzigster Jahrgang.**

**Nr. 159.**

**halle, Donnerstag, den 7. April 1921.**

**Einzelpreis 30 Pfd.**

## Die Erhöhung der Kohlenpreise.

Die Fragestellung der Preisbildung in der Kohlenwirtschaft zeigt zweifelslos eine gesunde Anerkennung der privatwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse. Daß nunmehr aber der Zeitung der Zeichen angefangen der derzeitigen Überproduktion auf dem Weltmarkt, bei der Annäherung der deutschen Inlandspreise an die Weltmarktpreise, bei den schon wiederholten Angeboten ausländischer Kohle auf deutschen Märkten zu geringem Preis als dem bisher gültigen gegenüber mit besonderem Nachdruck betont werden.

Die gemeinsame Sitzung des Reichssohlverbandes und des großen Ausschusses des Reichssohlenrates hat am 30. März unter Zustimmung der Reichsregierung beschlossen, mit Wirkung vom 1. April den Preis für rheinisch-westfälische Steinkohlen um 23 Mark die Tonne ab Jede zu erhöhen. Die Gesamtpreisbewegung der Ruhrkohle ist aus nachfolgenden Ziffern ersichtlich, die die Preise für Fettsäurekohle I bisserien: Friedenspreis 13,50 Mark; erstes Ansehen nach Kriegsausbruch durch Preissteigerung vom 31. 3. 15 auf 15,50 Mark; während der Kriegszeit Steigerung bis zu 29,55 Mark; vom 1. 1. 19 mit einer Preisfestsetzung auf 44 Mark dauerndes Steigen bis auf 109,60 Mark am 1. 2. 20; bereits am 1. 2. 20 ein weiteres Herausheben auf 174,90 Mark, bis zu dem bis jetzt gültigen Festsetzung auf 6. 2. 20 auf 232,30 Mark. Mit der jetzt beschlossenen Erhöhung stellt sich der Preis ab Jede für die Tonne auf 255,30 Mark.

Nach am 28. Januar ds. Js. hatte die Reichsregierung dem Vortage des Reichssohlverbandes und den entsprechenden Entschuldigungen des Reichssohlenrates und des Reichssohlenrates auf Erhöhung des Kohlepreises ablehnend gegenübergehandelt, hatte sie bekannt, im Interesse des Verbraucherstandes ein Ansehen der Kohlepreise nicht zulassen zu können, trotzdem sie bereits damals anerkannt hatte, daß die Unterhaltung der Zeichen für die Tonne etwa 10 bis 12,50 Mark betrug. In der jetzigen Begründung ihrer Zustimmung ließ sie durch den Staatssekretär für das Reichswirtschaftsministerium erklären, daß angefangen der erhöhten, teilweise die durchschnittliche Preissteigerung weit hinter sich lassenden Erhöhung der Preise für die Gebrauchs- und Industriekohlen des Bergbaus und der Gefährdung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Zechenbetriebe durch das Fehl-n jeglicher Bewegungsfreiheit für die Erhaltung der Anlagewerte, die Bornahme von Abschreibungen usw. die Regierung aus allgemeinen volkswirtschaftlichen Produktionsinteressen sich der Notwendigkeit der Preissteigerung nicht verschließen könne. Sinn und Ziel ferner das Gutachten der techn. Kommission, die aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerern des Bergbaus, aus technischen Sachverständigen und unparteiischen Persönlichkeiten besteht, wonach die technische Ausstattung des heimischen Bergbaus mit dem Ausland nicht mehr konkurrenzfähig ist.

Sehr bemerkenswert war der Hinweis des Staatssekretärs, daß im Interesse der Erhaltung und Festigung der Leistungsfähigkeit des deutschen Bergbaus eine Preispolitik eingeschlagen werden müsse, die den Kapitalmarkt anreizt, sich in groß-maßstabiger Weise der Weiterentwicklung der deutschen Kohlenwirtschaft zu betätigen.

Die Erhöhung von 23 Mark wird nun nach der getroffenen Entschuldigung nicht im vollen Maße den Zeichen zufließen, vielmehr soll ein Betrag von 5 Mark für die Tonne der Verbildigung der Lebensmittel für die Vergleiche dienen. Hier ist die von der Entente geforderte und hierfür wertvolle Goldprämie für die Pflichterfüllungen nach dem Spz-Nachkommen seit Anfang Februar in Fortfall gekommen. Dieser Zuschlag von 5 Mark, der jetzt einem besonderen Fonds beim Reichsarbeitsminister zufließt, wird, soll zu 3 Mark direkt sofort den Vergleichen zugute kommen, während die weigern 2 Mark zur Deckung des aus auf mehrerer hundert Millionen belauenden Defizits verwendet werden, das im Reichsausschuss infolge der bisherigen Zufußstellungen des Reiches entstand.

Wesentlich ist auch bei der Beurteilung der jetzigen Preissteigerung die Klärung der Frage, wie nunmehr nach dem Zerfall des Ueberfließensabkommens die Preisregel den Zeichen infolge der außerordentlichen Steigerung der Entlohnungskosten gewährte Preissteigerung vom Vorjahr um 15 Mark die Tonne behandelt werden soll. Das Ueberfließensabkommen ist bisher nicht verlängert worden. Das Verlangen der Arbeitnehmer, nunmehr für die normale Arbeitsleistung eine Entlohnung zu erhalten, die die Sonderentlohnung für die Ueberfließens voll mit einschließt, ist unerfüllt geblieben. Es darf hier wohl angenommen werden, daß die Regierung hofft, daß die neuen, jetzt in Eisen beginnenden Verhandlungen des Reichsarbeitsministers doch noch zu einer Verlängerung bezüglich der außerordentlichen dringend 6 nötigen Ueberfließens führen werden und daß man sich weiterhin sowohl bei der Regierung wie auch in den entsprechenden gemeinwirtschaftlichen Selbstverwaltungsgremien der Erkenntnis nicht verschließen hat, daß mit dem Fortfall des Ueberfließensabkommens wohl das Lohnkonto eine erhebliche Entlastung erfahren hat, dagegen die sonstigen

Gesellschaftskassen pro Tonne Förderung teineswegs zurückgegangen sind, daß vielmehr diese Gesellschaftskassen nunmehr auf eine geringere Förderungsziffer angewendet werden müssen.

## Ausklänge des Aufrufers.

**Der erste Kommunistenprozeß vom Berliner Sondergericht.**

Vor dem vom Präsidenten Ebert eingesetzten Sondergericht begann gestern der Prozeß gegen den Dreierleiter Ernst W. N. d. i., der angeklagt ist, die rote Fahne vom 27. März ds. Js. verbreitet zu haben, die einen Artikel mit der Überschrift: „Der Kampf geht weiter!“ und in diesem eine Aufforderung zum Generalstreik, Bewaffnung und Gewalttat und zur Entwaffnung des Bürgertums enthalten hatte.

## Die Regierungsbildung in Preußen.

Berlin, 6. April. In der Sitzung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, die sich gestern mit der preussischen Regierungsbildung beschäftigt, wurde laut „Vorwärts“ zum Ausdruck gebracht, daß die bisher gültigen interfraktionellen Besprechungen keine neuen Tatsachen ergeben hätten, die Anlaß dazu gäben, von dem früher gefaßten Beschluß der Fraktion, nicht mit der Volkspartei in die Regierung zu gehen, abzuweichen. Da Zentrum und Demokraten weiter an ihrem Standpunkt festhalten, daß für die alte Koalition in Preußen keine ausstehende Mehr-zahl vorhanden sei und da weiter die Demokraten den Vorstoß der Deutschen Volkspartei, die Parteigruppierung des Reiches in Preußen zu zerlegen, ablehnen, so könne es, wie das „Berl. Tagebl.“ betont, keinem Zweifel unterliegen, daß die ganzen Verhandlungen in ein äußerst kritisches Stadium geraten seien.

## Kein Abbau der Teuerungszulagen für Beamte.

In einer Anfrage des deutschenischen Abgeordneten wurde die Frage aufgeworfen, wie das Preussische Staatsministerium zu einer angebotenen Absicht des Finanzministeriums steht, die Teuerungszulagen für die Beamten für 1921 um 25 Prozent abzubauen. Die „Dema“ erklärt hierzu, daß von einem solchen Plan im Finanzministerium aus nicht mit einem Wort gesprochen worden ist.

## Die Haltung Amerikas.

Wie Stefan Luquenne dem „Matin“ aus NewYork drahtet, hat Senator Knox die Absicht, seiner aus fünf Paragraphen bestehenden, schon einmal vom Senat angenommenen Resolution folgende Zusatzklausel beizufügen:

Am unsere Pflicht gegenüber der Welt und gegenüber uns selbst vollständig und würdig zu erfüllen, erklären wir, daß die amerikanische Politik fortan sein wird: Wenn die Freiheit und der Friede Europas aus neue von einem Weltkrieg oder durch eine Kombination von Mächten bedroht werden, werden die Vereinigten Staaten diese Lage mit allem Ernst und aller Kraft zu befrachten und darin eine Bestätigung ihrer eigenen Freiheit und ihres eigenen Friedens erblicken. Sie werden sich alsbald mit den anderen gefährdeten Ländern beraten, um eine solche Bestätigung zu bewerkstelligen, und wenn sich die Notwendigkeit dazu herausstellt, mit den Freunden der Zivilisation diese vorzubringen.

Senator Knox werde die dem Text eine Begründung hinzuzufügen, in der er sagt: Wenn eine ähnliche Erklärung von anderen Nationen angenommen würde, so würde dadurch eine viel stärkere Gemeinschaft der Nationen gefördert werden, als jede andere. Durch diese Resolution werde auch die Schaffung eines internationalen Gerichtshofes und internationalen Untersuchungsausschusses nicht behindert werden.

## Oberschlesien.

General de Koub, der Vorsitzende der internationalen Volksbestimmungskommission in Oberschlesien, wird nach dem „Petit Parisien“ heute in Paris ein-treffen. Seine Anwesenheit wird aber nur kurz sein. Sie hängt jedenfalls mit den Arbeiten der Kommission über die Festlegung der Grenzen Oberschlesiens zusammen. Erst nachdem der General nach Ob-rück zum Zurückgekehrt sein wird, wird die Diskussion über die Grenzfestlegung beginnen.

## Der ober-schlesische Presseprozeß.

Nach dem Döpneler Sondergerichtshof sind vorgestern die Verhandlungen gegen die vier Redakteure ober-schlesischer Blätter hat, die wegen der Verantwortlichkeit der falschen Nachricht von der Schließung der Parisischer Börse zwei Tage vor der Abstimmung angeklagt worden waren. Die Internationaler Kommission sah in der Veröffentlichung dieser Nachricht eine heftigste Störung und Beeinträchtigung des Wohls. Das Urteil lautet gegen

den Chefredakteur Froese von „Rothener Anzeiger“ auf vier Tage Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe, gegen den Chefredakteur der „Oberschlesischen Morgenpost“ Dr. Kersting und gegen den Redakteur Geiger von dem „Döpneler Nachrichten“ auf acht Tage Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe und gegen den Redakteur Wirth von „Döpneler Wanderer“ die Achtung auf den ersten Seite und in großer Ausmaßung abdrucken hatte, auf 14 Tage Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe. Der Verband der Oberschlesischen Presse hat gegen dieses Urteil bei der 3. A. R. in Brüssel Protest eingelegt, zumal die polnisch-Blätter, die vor der Abstimmung die größten Unannehmlichkeiten über deutsche Vorkänge und Veröffentlichungsbefreiungen enthalten hatten, keinerlei Folgen zu spüren bekommen haben.

## Eine neue Note der Kontrollkommission.

Nach Deutscher Wp. Ztg. ließ die internationalisierte Kontrollkommission dem Auswärtigen Amt eine neue Note über die deutsche Polizei zugehen. Sie behauptet darin, die Polizeistärke unzulänglich sei und immer noch die Charakter einer bewaffneten militärischen Streitkraft. Sie stellt sich ferner auf den Standpunkt, daß Deutschland die in der Note von Lausanne vorgeschlagenen 150 000 Mann nicht nur uniformierte Polizeibehörden, sondern auch Polizei in Zivil (kriminal und Vernehmungspolizei) umfassen müsse. Das Auswärtige Amt hat in einer Antwort darauf, daß die jetzige deutsche Polizei bei der Note von Lausanne gestellten Forderungen durchaus entspricht und nicht als militärische Organisation betrachtet werden kann. Für die Auffassung, daß die in der Note von Lausanne vorgeschlagenen 150 000 Mann nur uniformierte Polizei umfassen, lagen eine Reihe militärischer und zivilistischer Auswertungen der Kontrollkommission vor. Die deutsche Note schließt folgendermaßen: Die Gezeitnisse in Mitteldeutschland haben von neuem gezeigt, daß die Polizei mit der zugehörigen Bewaffnung den Aufgaben nicht gewachsen ist, die an sie herangetragen können. Sie hat immer wieder mit zahlenmäßig überlegenen, weit höher bewaffneten Gegnern zu tun. Trotz aller Anstrengungen ist für absehbarer Zeit nicht damit zu rechnen, oder im Leben verborgenen Waffen-gewehre abgebaut zu werden und jedes verfehlte Gewehr zu entdecken. Ueberdies werden sich verwerfliche Elemente immer wieder auf irgendwelche Weise in den Besitz neuer Waffen zu setzen wagen. Die deutsche Regierung muß sich unter diesen Umständen vorbehalten, neue Anträge wegen einer besseren Bewaffnung zu stellen.

## Der englische Bergarbeiterstreik.

Die Nachrichten aus England über den am 1. April begonnenen Streik der Bergarbeiterschaft lassen über Umfang und Zielsetzung des Kampfes noch kein klares Bild erkennen. Vor allem steht noch nicht endgültig fest, in welchem Umfang der Sympathiestreik der Eisenbahner und Transportarbeiter zur Durchführung kommt. Die Position der Arbeiterinfanterie ist zweifellos gestärkt als vor einem Jahre, da es sich um einen Weltstreik handelt, um einen Kampf gegen den von den Unternehmern geforderten Abbau der Löhne. In den Zeiten der Kohlewirtschaft war der Privatunternehmer in dem Streik der Preis- und Lohnpolitik ausgeliefert. Die Regierung erfolgte durch die Regierung, etwaiger Verluste des Unternehmens aus der Disparatmaie zwischen seinen Gesteinssätzen und den von der Regierung festgesetzten Preisen wurden ihm vom Staat ersetzt. Der Fortfall der Zwan-zwanzigstündigkeit vor einem Monat hat den Privatunternehmer wieder in seine Rechte, damit aber auch vor allem in die Rolle des Risikoträgers, des allein von der Ertragsfähigkeit des Unternehmens Unabhängigen eingeleitet. Die Zubuß von 14 Schilling für die Tonne konnte er nicht tragen, durch technische Umstellungen herbeizuführen, er hat nicht die Zwickel der Gesteinssätze sind nicht so schnell durchführbar, daß die den Zukunftsdruck des Unternehmens insoweit der inneren Kapazitätserhöhung aufhalten könnten. Die Arbeiterklasse steht mit ihrem Einkommen an den Grenzen der eigenen Lebenshaltungskosten; für sie bedeutet Lohn-Hilfszahl Beschäftigung in lebensnotwendigen Dingen. Die soziale Spannung in England, die infolge der herrschenden Arbeitslosigkeit eingetreten ist, wird durch den Streik von mehr als einer Million Arbeitnehmer außerordentlich verschärft. Es wird zweifellos damit gerechnet werden müssen, daß bei Fortdauer der vorjährigen Kämpfe nach Nationalisierung des Bergbaus auf der Grundlage gildenwirtschaftlicher Gesamtanträge weit mehr über den Streik hinausgehen müssen. Bei den gegenwärtigen Verhandlungen über die gildenwirtschaftlichen Streitmaßnahmen mit der Inhaberschaft der Gesamtwirtschaftlichen Situation der Arbeiterklasse und sozialistischer Zielsetzungen können diese Kämpfe zu einer sehr günstigen Entwicklung der englischen Wirtschaft führen; angesichts der jetzigen weitverbreiteten und wirtschaftlichen Situation der Angehörigen der Gesteinssätze ist eine englische Weltwirtschaftliche Erholung der Verhandlungen mit sich bringen, die jetzt in Paris über die künftigen deutschen Kohlenlieferungen an die Entente bestimmen.

In Erinnerung an das Geschehen am Eingange der Regierung im Kohlenkrieg erklärt: Lloyd George im Unterhaufe, die Regierung sei gewillt, in Verhandlungen einzutreten, n. aber nur unter der Voraussetzung, daß keine Rück- und Unterstützung der Kohlenindustrie auf Kosten des Landes



Kadiott, nat. theol. Pests, Bror. n. Salisw-Bergmanns...

Der Mann ohne Namen.

Nach im Jahre 1919 und im Anfang 1920 verbot die unter...

oder der Kaffolition darheit. Zur Anregung des Panzerens...

Der Kaiserin geb's Schwester. Die Letzte, die die Kaiserin...

28 Millionen Kronen verliert. Vor dem Wiener Straf...

Der älteste künftige Erbprinz. Ein Schicksal, der etwa...

Zu Tode verurteilt. Berlin, 6. April. Gestern abend führte...

Sport der 'Saale-Zeitung'.

Vorwiegend für Granowald. Donnerstag, den 7. April. 1. A. Marzbanus - Minora. 2. A. Tans - Dinooer...

Die seit einigen Tagen herrschende Frühlingshitze mit teilweise...

Familien-Nachrichten.

Gebohren: Dr. Konrad Grein, Halle (L.). Gebohren: Chemiker Dr. Georg Henrich, Ost Franckfurt...

Hochschulnachrichten.

Zum Nachfolger von Prof. von Mikomowitsch-Moskoffen...

Provincial-Nachrichten.

6. April. Die Stadterordnungen von J. M. (ung.) ist gefasst durch das Staatsministerium...

Handel, Gewerbe und Verkehr. Spar- und Vorsparbank A.G. in Halle. Im Geschäftsbereich, der uns vorliegt, wird u. a. ausgeführt...

Vermishtes.

Des Brandverurteiltes. In Baden und des Schwaab. Ist...

auf Identifikations-Konto 3841.100 Mk. 7 Proz. Dividende auf 1.099.000...

Rückzahlung der Drahtkonvention. Das Eisen- und Stahlwerk...

Maschinenfabrik A.G. vorm. Wagner u. Co. in Göthen. Die...

Die Deutsche Kraftwerke A.G. in Berlin. Die Kapitalerhöhung...

Die Bremerische Schiffbauerei. Auf den Stationen des Direktionsbezirks...

Leipziger Effektenkurse. Leipzig, den 6. April 1920. Chemnitz: Bankverein 204,00; Leipziger Hypoth. Bank 148,00...

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der 'Saale-Zeitung'.

Memorandum gegen angebliche deutsche Abstammungsfälschungen. Dr. W. Karjau, 6. April. (Eig. Draht.) Die polnische...

Korjant droht mit Waffengewalt.

Dr. W. Karjau, 5. April. (Eig. Draht.) In einem Vortrag, den Korjant über das Abstammungsergebnis in...

Truppenzusammenziehungen der roten Armee.

Basel, 6. April. (Eig. Drahtnachricht.) Wie der 'Baslerischer Kurier' meldet, wurden die polnischen Truppen...

Verfälschung in der englischen Streikfrage.

Dr. London, 6. April. (Eig. Draht.) Eine Besprechung der Lage im englischen Bergarbeiterstreik hat sich...

Verantwortlich d. poln. Teil. Gustav Jacobs-Korjant.

für den vollstimmigsten und den größten Teil sowie für Provinzialnachrichten: Eugen Brinkmann; für Feuilleton, Unterhaltungsbillette: Martin Feuchtwanger; Vermischtes, Gerichtl. usw.: Dr. Karl Bredt; für Epistol. Carl Graf; für den Auswärtigen Teil: Dr. Carl Graf; für die Saale-Zeitung: G. v. S. Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Brendel.

